

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/823 —

zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Egon Susset, Meinolf Michels,
Richard Bayha und weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Günther Bredehorn, Johann Paintner
und weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
— Drucksachen 12/721 (neu), 12/821, 12/822 —

Entwurf eines Gesetzes über die Förderung einer einjährigen Flächenstillegung
im Wirtschaftsjahr 1991/92 (Flächenstillegungsgesetz 1991)

A. Problem

Zur Lösung der Überschußprobleme der EG ist eine Verringerung der Erzeugung notwendig. Die bisherige freiwillige Flächenstillegung im EG-Raum hat das angestrebte Ziel verfehlt. Die Überschüsse und damit die finanziellen Belastungen für die Lagerhaltung wachsen weiter.

B. Lösung

Die Verringerung der Erzeugung soll vorrangig durch Extensivierung in allen EG-Ländern erfolgen. Dabei ist eine gleichrangige Teilnahme aller EG-Mitgliedstaaten an Marktentlastungsprogrammen sicherzustellen.

Das bisher vorgeschlagene einjährige Flächenstillegungsprogramm soll nur als einmalige Maßnahme Anwendung finden.

Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine Angaben

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache
12/823 — abzulehnen.

Bonn, den 18. September 1991

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Siegfried Hornung

Vorsitzender

Ulrich Junghanns

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Ulrich Junghanns

I.

1. Beratungsgang

In der 35. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Juni 1991 wurde der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/823 — an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen.

Der Ausschuß hat in seiner 14. Sitzung am 18. September 1991 den Entschließungsantrag beraten.

2. Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller gehen davon aus, daß die bisher auf freiwilliger Basis durchgeführten Flächenstillegungen in der EG ihr Ziel verfehlt haben, die Überschußprobleme zu lösen. Damit wuchsen auch die finanziellen Belastungen für die Lagerhaltung weiter. Zur Verringerung der Erzeugung wird daher vorgeschlagen:

- bei der anstehenden Reform der EG-Agrarpolitik auch im Interesse von Natur und Umwelt der Extensivierung Vorrang zu geben;
- in Brüssel dafür einzutreten, daß das einjährige Flächenstillegungsprogramm nur als einmalige Maßnahme Anwendung findet;
- sich im Rahmen der EG-Agrarreform für eine Rückführung der Produktion in den EG-Ländern auf das Niveau des Verbrauchs in der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen;
- eine gleichrangige Teilnahme aller EG-Mitgliedsstaaten an Marktentlastungsprogrammen sicherzustellen.

3. Beratung im Ausschuß

In der Beratung wurde von der Fraktion der CDU/CSU der Antrag gestellt, den zweiten Anstrich der Ziffer 2 des Antrages mit der Forderung „... einmalige Maßnahme ...“ zu streichen. Die einjährige Flächenstillegung sei eine optimale Maßnahme, die Betriebe und Arbeitsplätze erhalte und die landwirtschaftliche Bewirtschaftung sichere; sie stelle — eingebettet in die Fruchtfolge — bereits eine Extensivierungsmaßnahme dar.

In einem zweiten Antrag der Fraktion der CDU/CSU wurde gefordert, auch auf die im ersten Anstrich der Ziffer 2 des Antrages formulierte Vorrangigkeit der Extensivierung zu verzichten. Die Extensivierung könne nur als gleichgestellte Maßnahme gesehen werden; ohnehin sei sie schwer kontrollierbar.

Beide Anträge wurden von der Fraktion der FDP unterstützt.

Diesen Änderungsanträgen stimmte die Fraktion der SPD nicht in vollem Umfang zu.

In einem weiteren Antrag der Fraktion der FDP erklärt diese Fraktion, daß sie die Begründung (Ziffer 1 des Antrages) — trotz vieler richtiger Fakten — nicht mittragen werde.

In der Konsequenz einer kontroversen Debatte stellten die Koalitionsfraktionen den Antrag, den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD abzulehnen, der mit 12 Stimmen der Koalitionsfraktion gegen 9 Stimmen der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS/Linke Liste angenommen wurde.

II.

Namens des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bitte ich den Deutschen Bundestag, den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/823 — abzulehnen.

Bonn, den 18. September 1991

Ulrich Junghanns

Berichterstatler